

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 772 vom 02.07.2020

Editorial: Geschichtspolitik durch Umbenennung von Straßen und andere Aktivitäten

Liebe Leser, im letzten Editorial bin ich eingegangen auf die Benennung von Straßen, ihre Namensklärung im öffentlichen Raum, auf Straßenumbenennungen, mit denen letztendlich eine verlogene Geschichtspolitik verfolgt werden kann und wird..

Ich bin in den 1950er Jahren in Reinickendorf Ost zur Schule gegangen. An Unterrichtsausfall kann ich mich nicht erinnern. Erdkunde (Behandlung weltweit von Räumen und Völkern), Geschichte (Zeitschiene) bildeten bei – so meine ich heute – recht ausgewogenen Rahmenplänen (ja, auch der Nationalsozialismus mit all seinen Schrecknissen wurde ausführlich im Unterricht behandelt, im Gymnasium gab es dazu zwei Durchgänge), einen Unterricht, der nicht nur Freude gemacht hat, sondern recht erfolgreich war. Es ist fast müßig, darauf hinzuweisen, dass der Unterricht nicht durch „Quereinsteiger“ erfolgte, sondern durch Lehrkräfte, die offensichtlich dafür ausgebildet worden waren.

Tja, und dann – so habe ich es im letzten Editorial geschildert – gab es im öffentlichen Raum auch Namensklärungen zu Straßennamen: kleine Schildchen auf dem Straßennamenschild mit einem kurzen Hinweis zum Straßennamen selbst. Ein Beispiel, so schrieb ich im letzten Editorial, war der Name „Barfusstraße“, und aus der Erinnerung gab ich den Inhalt wieder: „General Barfus, Sieger 1686 bei Ofen über die Türken“. Ich bin inzwischen das Gebiet am Schillerpark im Wedding noch einmal abgelaufen und fand bestätigt: nein, diese Namensklärungen gibt es nicht mehr!

Inzwischen habe ich im Stadtgebiet, so im Umfeld unserer Steglitzer Büroadresse, aufmerksam die Straßenschilder beachtet und festgestellt, dass hier gehandelt werden kann und muss: Straßennamen sollten stadtwweit mit diesen kleinen Schildchen zur Erläuterung des Names versehen werden. Wir sollten nicht darauf warten, dass in den Rahmenplänen der Schulen Erdkunde und Geschichte wieder ihren alten Stellenwert einnehmen oder gar die Lehrerausbildung auf ursprüngliche Höhen geführt wird: die Pädagogische Hochschule Berlin wurde 1980 von Senator Peter Glotz (SPD) aufgelöst, kein guter Entschluss, wie wir heute feststellen müssen. Ich kann da ein wenig mitreden, da ich selbst am Geographischen Institut der Pädagogischen Hochschule in der Lehrerausbildung tätig gewesen bin.

Das Thema der Geschichtspolitik wird uns mit Sicherheit in die nächste Zukunft begleiten, denn schließlich wird „Geschichtspolitik“ nicht nur mit Straßennamen oder entsprechenden Gewichtungen in Unterrichtsrahmenplänen gestaltet. Im öffentlichen Raum wird eifrig Gebrauch davon gemacht, Namen für öffentliche Einrichtungen wie Stadtbüchereien, Schulen u.a.m., Gedenktafeln für einen bestimmten Kreis von Personen, ebensie Ehrengräber widmen und entwidmen, in bestimmter Weise zu gewichten. Wir setzen uns u.a. und vor allem, für die Bewahrung unseres ostdeutschen kulturellen und geschichtlichen Erbes ein, wie es auch § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchlingsgesetzes (BVFG) dem Bund, den Bundesländern, den Gemeinden aufträgt.

Wir bleiben am Thema dran, auch im Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin!

Ostdeutschland und die historischen deutschen Siedlungsgebiete dürfen mit den Vertreibungen nicht aus der deutschen Geschichte verschwinden!

Es grüßt landsmannschaftlich und herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke

